



*Dokumentation*

## Kulturelle und politische Demokratie-Potenziale im Iran

Herausgeber  
Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit  
Regionalbüro Gummersbach  
Theodor-Heuss-Straße 26  
51645 Gummersbach  
Telefon: +49.22 61.30 02-175  
Telefax: +49.22 61.30 02-192  
[gummersbach@freiheit.org](mailto:gummersbach@freiheit.org)  
[www.freiheit.org](http://www.freiheit.org)

Gesamtherstellung  
COMDOK GmbH  
Büro Berlin

2011

# KULTURELLE UND POLITISCHE DEMOKRATIE-POTENZIALE IM IRAN



# Inhalt

Vorwort	5
Eva Orthmann Chancen durch Bildung: Zur Situation der schulischen und universitären Ausbildung im Iran	6
Ali Samadi Ahadi Die Zivilgesellschaft als Motor der Demokratisierung im Iran	12
Maryam Ansary Journalismus im Iran – Perspektiven und Hoffnungen	18
Klaus Füßmann Noch ein schwieriges Vaterland – Der Iran als Gegenstand der liberalen politischen Bildung	24
Die Autoren	31



# Vorwort

## Klaus Füßmann

„Langfristig wäre Iran mit seiner gut ausgebildeten Bevölkerung, seinen Bodenschätzen, seiner urbanen Tradition und Kultur sowie seiner geopolitischen Position der natürliche Partner Europas in der Region“. Dies hat einmal Prof. Volker Perthes, der Direktor der „Stiftung Wissenschaft und Politik“ (und Altstipendiat der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit) festgestellt. Leider ist dies bislang nicht der Fall, weil seit der Revolution von 1979, die die Pahlavi-Diktatur durch eine islamische Diktatur ersetzte, eine eigentümlich argwöhnische und schwerfällige Kommunikation zwischen Europa und dem Iran existiert.

Im Jahre 2011 nach den kulturellen und politischen Demokratiepotezialen (nicht Chancen) des Irans zu fragen, bedeutet deshalb nicht, die Machtkonstellation aus Präsident, religiöser Führung und Parlament, Pasdaran-Wirtschaft, Militärs und Basaris auszuloten, obwohl dies wichtig ist für eine Gesamteinschätzung. Es gilt indes, tiefer liegende, im Iran höchst lebendige oder aktivierbare Verständigungsformen, Bildungs-Horizonte und andere (eher) kulturelle Vorzüge, die Demokratie befördernde Kraft entfalten, kenntlich zu machen. Wo liegen Potenziale, an die man mit Blick auf einen bahnbrechenden Demokratisierungsprozess anknüpfen kann? Dies war das Ziel einer mit Unterstützung des Auswärtigen Amtes der Bundesrepublik Deutschland durchgeführten Tagesveranstaltung des Regionalbüros Gummersbach der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit, die im Juli 2011 in Bonn stattfand.

Drei Experten hielten Impulsreferate zu den „Chancen durch Bildung im Iran“ (Prof. Dr. Eva Orthmann), zur „Zivilgesellschaft als Motor der Demokratisierung im Iran“ (Ali Samadi Ahadi) und zur „Rolle des Iran im regionalen Machtkontext“ (Arno Tappe). Die ersten beiden Beiträge dokumentieren wir nunmehr in dieser Broschüre. Desweiteren haben die Moderatorin der Gesprächsrunde am Veranstaltungstag (Maryam Ansary) und der Veranstaltungsleiter (Klaus Füßmann) zusätzliche Artikel zum „Journalismus im Iran“ bzw. zum Thema „Iran in der politischen Bildung“ vorgelegt. Wenn diese Publikation einen kleinen Impuls zur Demokratieförderung im Iran leistet, dann sind aus den Demokratie-Potezialen schon Demokratie-Chancen geworden. Das wäre sehr viel.

# Chancen durch Bildung: Zur Situation der schulischen und universitären Ausbildung im Iran

Eva Orthmann

## Die Struktur des iranischen Bildungswesens

Das iranische Bildungswesen ist nach französischem Vorbild aufgebaut. Es geht in seiner Konzeption im Wesentlichen auf die Pahlavi-Zeit zurück, in der systematisch ein säkulares Schulsystem aufgebaut worden ist und die allgemeine Schulpflicht eingeführt wurde. Dieses Schulsystem wurde nach der Revolution weitgehend beibehalten; allerdings wurde der Religion ein stärkeres Gewicht im Schulwesen eingeräumt.

Die Dauer der Schulpflicht beträgt im heutigen Iran acht Jahre. Sie setzt sich zusammen aus einer fünfjährigen Primarschulzeit (Dabestan), an die sich der dreijährige Besuch einer Sekundarschule anschließt (Rahnama'i). Der Besuch eines weiterführenden dreijährigen Gymnasiums erfolgt freiwillig. Der Unterricht an staatlichen Schulen ist unentgeltlich. Seit den neunziger Jahren gibt es im Iran neben den staatlichen Schulen allerdings auch private Schulen, die sich über Schulgebühren finanzieren.

Moderne Universitäten wurden im Iran ebenfalls erstmals in der Pahlavi-Zeit gegründet. Die erste staatliche Universität war die 1935 eingerichtete Daneshgah-e Teheran, die bis heute anerkannteste Universität im Iran. Nach dem 2. Weltkrieg folgte eine Reihe weiterer Universitätsgründungen. Heute gibt es in allen größeren und vielen kleineren Städten Irans eigene staatliche Universitäten, an denen insgesamt ca. 1,8 Millionen Studenten eingeschrieben sind.

Nach der Revolution wurde den kostenfreien staatlichen Universitäten die 1982 gegründete sog. freie Universität (Azad-Universität) zur Seite gestellt. Hierbei handelt es sich um eine private Universität, die sich aus Spenden und Studiengebühren finanziert. Die Azad-Universität ist inzwischen ebenfalls im ganzen Iran verbreitet und verfügt auch über Zweigstellen im Ausland, u. a. in Oxford und den Vereinigten Arabischen Emiraten; ihr Kapital gilt als sehr beträchtlich. Die Zahl der Studierenden an der Azad-Universität beträgt momentan etwa 1,7 Millionen. Als ein wichtiger Grund für die Einführung dieser freien Universität wird der Be-



darf nach zusätzlichen Studienplätzen genannt; die Gründung sollte aber auch im Kontext der sog. ersten iranischen Kulturrevolution (s. u.) und dem Versuch, seitens des Klerus Einfluss auf die universitäre Bildung zu nehmen, gesehen werden.

Trotz erheblicher Ausweitungen des Angebots an Studienplätzen in den letzten Jahrzehnten reicht die Zahl nicht aus, um alle Studieninteressenten aufzunehmen. Der Zugang zur Universität ist daher nicht frei, sondern streng reglementiert und wird durch eine Aufnahmeprüfung gesteuert, den sogenannten „Konkur“. Einen solchen Konkur gibt es sowohl für die staatlichen als auch für die freien Universitäten. Die Aufnahmeprüfung stellt zugleich eine wichtige Einflussmöglichkeit auf die Auswahl der Studierenden dar.

### **Die universitäre Aufnahmeprüfung (Konkur)**

Eine Aufnahmeprüfung für die Universität gab es im Iran bereits vor der iranischen Revolution. Sie wurde 1964/65 erstmals landesweit einheitlich durchgeführt, um die Zahl der Studienanfänger zu reglementieren.

Dabei war das System zunächst rein numerisch ausgerichtet: es gab eine einzige Prüfung für alle Bewerber; die Studienplatzverteilung richtete sich nach der erreichten Punktzahl, so dass die Kandidaten mit den besten Prüfungsergebnissen die Universität besuchen konnten, und die weniger guten keinen Studienplatz erhielten. Das auf den ersten Blick sehr gerechte und rein auf Qualität ausgerichtete System barg allerdings auch Nachteile: statistisch lässt sich feststellen, dass im Konkur Studienanwärter aus bildungsnahen Familien sowie aus der Stadt, insbesondere aus Teheran, im Vorteil waren, wohingegen Anwärter aus ruralen Bereichen und bildungsfernen Familien schlechter abschnitten und damit weitaus weniger Zugang zu einer universitären Ausbildung erhielten.

Nach der islamischen Revolution, die nicht zuletzt auch mit dem Anspruch sozialer Verbesserungen verbunden gewesen war, wurde das System des Konkur mehrfach geändert. Die Veränderungen folgten dabei zwei Stoßrichtungen: zum einen zielten sie darauf ab, die Chancen sozial benachteiligter Bewerber sowie ländlicher Regionen zu verbessern. Dies wurde erreicht, indem man nicht mehr eine Zentralprüfung durchführte, sondern Quotenregelungen einführte und regionale Listen erstellte.

Zum zweiten wurde die Aufnahmeprüfung dazu genutzt, politisch unliebsamen Kandidaten sowie Angehörigen religiöser Minderheiten, insbesondere den Bahai, den Zugang zur Universität zu verwehren. Zugleich wurden eigene Parteigän-

ger sowie die Kinder von Kriegsgefallenen (in iranischer Diktion: Märtyrern) und Kriegsversehrten bei der Vergabe von Studienplätzen begünstigt. Dies kann man als einen Versuch verstehen, den Familien, die durch den iranisch-irakischen Krieg Verluste erlitten hatten, zumindest eine gewisse Entschädigung zukommen zu lassen; zugleich bot sich hier aber natürlich auch eine Möglichkeit, traditionelle Eliten zu verdrängen und durch dem Regime verbundene neue Eliten zu ersetzen. Traditionelle Eliten, deren Kinder keinen Studienplatz im Iran erhalten, schicken ihre Kinder oftmals zum Studium ins Ausland. Die Abwanderung junger iranischer Intellektueller ist daher nicht zuletzt auch eine Folge der Schwierigkeiten, im Iran einen Studienplatz zu erhalten.

### Universitäten unter Druck

Die Manipulation der universitären Aufnahmeprüfung stellt nur eine der Maßnahmen dar, mit denen die Islamische Regierung auf die Universitäten Einfluss zu nehmen versucht. Die einschneidendsten Veränderungen erfolgten kurz nach der Etablierung der neuen Regierung und erfolgten im Rahmen der sogenannten



*Technische Universität Teheran*

*Foto: Copyright – Empa*

iranischen Kulturrevolution. Im Juni 1980 wurden die iranischen Universitäten geschlossen und erst 1983 wieder neu eröffnet. In der Zwischenzeit war es zu erheblichen Säuberungen gekommen. Zahlreiche Professoren und Studierende sind in dieser Zeit entlassen worden, die Curricula wurden verändert und als westlich eingestufte Inhalte zensiert. Diese Maßnahmen waren insbesondere im Bereich der Geisteswissenschaften zu spüren.

Trotz dieser restriktiven Maßnahmen stellen die Studierenden für die Regierung weiterhin eine potentielle Bedrohung dar. So ist es schon vor den Wahlen des Jahres 2009 immer wieder aus ihren Reihen zu Protestaktionen gekommen. Zu erwähnen sind insbesondere die Unruhen im Juli 1999, als Studierende aus Protest gegen die zunehmende Einschränkung der Pressefreiheit auf die Straße gingen; im Gegenzug sollen Bassij-Milizen in Studentenwohnheimen Gewalttaten verübt haben. Zahlreiche Studenten wurden damals verhaftet und zum Teil zu langen Haftstrafen verurteilt.

Seit dem Ende der Khatami-Ära, insbesondere aber seit der zweiten Präsidentschaftswahl von Ahmadinedschad nehmen im Iran die Restriktionen gegenüber den Universitäten wieder stark zu. Die Regulierungen gehen so weit, dass manche Beobachter von einer zweiten Kulturrevolution sprechen. Zu den Maßnahmen zählt einerseits eine verstärkte Einflussnahme auf die Besetzung zentraler Posten, wie insbesondere des Rektors der Universität Teheran, und andererseits eine Revision geisteswissenschaftlicher Studiengänge. Erneut wurden und werden Professoren entlassen bzw. in Frührente geschickt, die Auswahl der Forschungsthemen wird beschränkt, eine Islamisierung der Lehrinhalte wird angestrebt, und eine strikte Geschlechtertrennung gefordert.

Von Auseinandersetzungen etwas anderer Art ist die Azad-Universität betroffen: da in ihrem Verwaltungsrat von Anfang an hochrangige islamische Gelehrte vertreten waren, ist die Universität von der Faktionsbildung innerhalb des iranischen Klerus, die seit der Präsidentschaftswahl 2009 erheblich an Schärfe gewonnen hat, unmittelbar betroffen. Auseinandersetzungen um Führungspositionen an der Universität sowie insbesondere die Kontrolle ihrer erheblichen finanziellen Ressourcen sind die Folge.

## Universitäre Bildung für Frauen

Die vielleicht überraschendste Entwicklung der letzten 30 Jahre stellt die deutliche Zunahme weiblicher Studierender an iranischen Universitäten dar. Nach der Wiedereröffnung der Universitäten im Jahr 1983 galten für Frauen zunächst Restrik-

tionen, so waren sie insbesondere von bestimmten Studienfächern, vor allem im Bereich von Technik sowie Agrar- und Ingenieurwissenschaften, ausgeschlossen. Diese Restriktionen sind seit 1989 aufgehoben.

Seit 1998 sind Frauen an iranischen Universitäten in der Mehrzahl, die Tendenz ist steigend. Dabei verteilen sich die Studentinnen allerdings nicht gleichmäßig auf alle Fächer, sondern sind besonders stark in den Geisteswissenschaften vertreten, aber auch in der Medizin.

Die Gründe für die starke Zunahme von Frauen an den Universitäten sowie die damit verbundenen Chancen werden unterschiedlich bewertet. Einerseits lässt sich der Zulauf zu den Universitäten als Folge der verbesserten Schulbildung von Mädchen erklären. So lässt sich feststellen, dass die Zahl der Bewerberinnen auf einen Studienplatz erheblich gestiegen ist, und der Prozentsatz weiblicher Teilnehmer am Konkur weiter wächst. Ferner sind Frauen im Konkur dabei offenbar tendenziell erfolgreicher als ihre männlichen Mitbewerber.

Andererseits sollte man nicht übersehen, dass der Wert eines Studiums im Iran in den letzten Jahren eher gesunken ist, und insbesondere in den überwiegend von Frauen studierten Fächern die Chancen auf einen guten Arbeitsplatz sinken. Um einen gut bezahlten Beruf zu finden, sind andere Karrierewege inzwischen teils erfolgversprechender, so dass junge Männer in etwas geringerem Umfang als früher um die Studienplätze konkurrieren.

Nichtsdestotrotz stellt die gute Ausbildung von Frauen für Iran ein wichtiges Entwicklungspotenzial dar. Die Geburtenrate im Iran ist bereits jetzt erheblich gesunken, so dass bei gleichbleibender Tendenz die ökonomischen Chancen der gut ausgebildeten Frauen steigen dürften. Gesellschaftliche Veränderungen, insbesondere eine Verbesserung der Stellung der Frau, sind daher mittelfristig zu erwarten.

## Alphabetisierungsrate

Für die gesellschaftliche, ökonomische und politische Entwicklung eines Landes ist nicht nur das Universitätssystem relevant, sondern in noch größerem Umfang die Primar- und Sekundarbildung. Auch die Schulbildung wurde im Iran nach der Revolution einer Revision unterzogen. Die Lehrpläne wurden verändert, und neue Schulbücher herausgegeben, die der revolutionären Ideologie stärker entsprechen. Zugleich unternahm die Regierung indes auch große Anstrengungen, das Schulwesen insbesondere in ländlichen Regionen auszubauen, und die Analphabetenrate zu senken.

Tatsächlich hat der Iran in diesem Bereich seit der Revolution ganz erhebliche Fortschritte gemacht: Vergleicht man die Alphabetisierungsrate der späten siebziger Jahre mit der heutigen, so zeigt sich, dass die Rate von ca. 35% bei Frauen und 59% bei Männern bis ins Jahr 2007/8 auf etwa 73% bzw. 86% gesteigert werden konnte. Dieser Erfolg ist nicht nur einem erheblichen Ausbau der Schulen zu verdanken, sondern auch Alphabetisierungskampagnen, die sich an die ältere Bevölkerung gerichtet haben. Besonders bemerkenswert ist, dass nicht nur die Primarschule, sondern auch die Sekundarschule erheblichen Zulauf hat, so dass heutige Schulkinder im Iran in der Regel die vorgeschriebenen acht Schuljahre besuchen.

Aufgrund der extrem hohen Geburtenraten in den frühen achtziger Jahren war der Ausbau des Schulsystems mit großen Schwierigkeiten verbunden; die Regierung ist mit dem Bau von Schulen oft kaum nachgekommen, Schüler mussten und müssen zum Teil in zwei oder mehr Schichten unterrichtet werden. Da die Geburtenrate im Iran indes stark zurückgegangen ist, ist ein weiterer quantitativer Ausbau der Schulen nicht mehr vordringlich. Es sollte daher möglich sein, das erreichte Niveau beizubehalten bzw. zu verbessern. Die ausschließliche Verwendung von Persisch als Unterrichtssprache wird allerdings auch weiterhin den Zugang zu Bildung für ethnische Minderheiten, die insgesamt einen relativ hohen Bevölkerungsanteil ausmachen, erschweren.

Es ist zu erwarten, dass ein verbessertes Bildungsniveau sich zunächst auf die ökonomische Entwicklung des Landes auswirkt. Mittelfristig lässt sich indes auch ein direkter Zusammenhang zwischen Bildungsniveau und Demokratisierung feststellen. Ohne dass die genauen Ursachen für diesen Zusammenhang bekannt sind, lässt sich zeigen, dass gut ausgebildete Menschen eher für demokratische Werte eintreten und sich weniger leicht mit einer Einschränkung ihrer politischen Rechte abfinden.

Indem die Islamische Regierung das Bildungswesen stark ausgebaut hat, spielt sie mittelfristig also ihren Kritikern in die Hand. Die Chancen bzw. Risiken einer guten Ausbildung sind der Regierung dabei offensichtlich gut bekannt: ihre zahlreichen Restriktionen gegenüber den Universitäten, aber auch ihre konsequenten Versuche, die schulische Ausbildung zu islamisieren und ideologisch Einfluss zu nehmen, zeugen von diesem Bewusstsein. Es ist durchaus möglich, dass die Restriktionen kurzfristig sogar eher zunehmen, und intellektuelle Aktivitäten noch weiter eingeschränkt werden. Mittelfristig bergen die Bildungsmaßnahmen jedoch ein wichtiges Potenzial für eine demokratische Entwicklung des Iran.

# Die Zivilgesellschaft als Motor der Demokratisierung im Iran

Ali Samadi Ahadi

Ich habe lange nachgedacht. Worüber möchte ich eigentlich sprechen? Dass die Zivilgesellschaft im Iran vor großen Herausforderungen steht und unter großem Druck agiert, ist vielen von Ihnen bewusst. Ich habe Herrn Fußmann vorher gefragt: „Wer wird an dieser Veranstaltung teilnehmen?“ Und er hat mir gesagt, 80% werden iranische Herkunft haben. Iranstämmige, die hier in Deutschland leben. Und genau diese Menschen, die im Ausland leben, also Iraner in der Diaspora, haben ein großes Verdienst, dass wir diese iranische Revolution erlebt haben. Es entstand eine Interdependenz zwischen den politischen Gegebenheiten im Iran und der gesellschaftlichen Kultur, in der diese Revolution stattgefunden hat. Mein Bedürfnis wäre, darüber zu reden: Was ist unsere Position im Ausland, in der Diaspora? Welche Rolle hat die iranische Zivilgesellschaft? Ich glaube, dass wir einen kurzen Blick auf die Ereignisse, auf die Situation, auf den Ist-Zustand der iranischen Zivilgesellschaft nehmen sollten.

## Formen der Zivilgesellschaft im Iran

Ich habe eine Definition mitgebracht: „Die Zivilgesellschaft beschreibt Organe, Gruppen oder Personen, die unabhängig vom Staat in der Gesellschaft agieren. Diese Organe oder Gruppen sind meistens unabhängige und aus eigener Motivation gegründete Gruppen.“ Gesellschaftliche Bewegungen – wie z. B. die Frauenbewegung, die Studentenbewegung, die Arbeiterbewegung – bringen aus der Notwendigkeit heraus, sich zu artikulieren, sich zu präsentieren, Organe und Gruppen hervor, die wiederum innerhalb der Gesellschaft agieren. Das sind keine politischen Organisationen, das sind aber auch keine Familienstrukturen, NGOs oder Interessengemeinschaften. Sie agieren zwischen Familie und politischer Ebene.

Die iranische Zivilgesellschaft befindet sich in einer wirklich sehr, sehr schwierigen, dramatischen Situation. Seit der ersten Khatami-Wahl gab es eine sehr große, blühende Reorganisation oder überhaupt Organisation von Zivilgesellschaften. Es gab sie zwar vorher schon. Aber das waren meistens traditionelle Organisationen und Vereinigungen, die mit dem modernen Begriff der Zivilgesellschaft wenig zu tun hatten. Wir hatten religiöse Organisationen, geführt von Geistlichen, die ei-

nen enormen Teil der iranischen Zivilgesellschaft beeinflusst haben. Wir hatten die Basaris, also die Interessengemeinschaften der Händler, die ebenfalls einen großen Einfluss auf die iranische Gesellschaft haben. Aber moderne zivilgesellschaftliche Strukturen und Organisationen sind erst in Rafsandschanis zweiter Legislaturperiode und vor allem dann in der Khatami-Zeit entstanden und dann enorm gewachsen. Diese Organisationen gerieten in der Ära Ahmadinedschad, speziell mit der zweiten Legislaturperiode – mit den Wahlen 2008 – unter massiven Druck. Durch die seither beschleunigte Militarisierung der Gesellschaft, durch die starken Kontrollen der gesamten iranischen Gesellschaft wurden gerade die schwachen, modernen und letztendlich auch demokratisch orientierten zivilgesellschaftlichen Organisationen und Gruppen mehr und mehr unterdrückt. Meines Erachtens gibt es zwischen den alten zivilgesellschaftlichen Organisationen (der Basaris und der Geistlichen) und den modernen zivilgesellschaftlichen Organisationen einen großen Unterschied: das Verständnis von Demokratie und Menschenrechten. Das war bei den älteren Organisationen selten der Fall. Diese waren und sind stärker Interessen- als menschenrechtlich und demokratisch orientiert. Und das ist auch der Grund, warum die iranische Revolution dann peu à peu zu einer islamischen und wirtschaftlichen Veranstaltung wurde, nicht zu einer demokratischen, menschenrechtlich orientierten Bewegung.

Heute geht man davon aus, dass mehr als hunderttausend Organisationen, Interessengemeinschaften, Wohlfahrtsverbände, wissenschaftliche oder religiöse Gruppen im Iran aktiv sind. Fast in jeder Stadt gibt es Basaris, die sich organisiert haben, in zahlreichen Gruppen. Fast jedes Viertel der Basaris hat eine eigene Organisation. Genauso gilt es für Studenten, für Schüler. Es gibt wissenschaftliche Organisationen in denen sich Absolventen der Universitäten aktiv engagieren. Ein ganz großer Teil der zivilgesellschaftlichen Bewegung ist auf Kinder und Drogenkranke gerichtet. Iran hat die höchsten Drogenraten der Welt. Fast drei Millionen Menschen sind abhängig von unterschiedlichsten Drogen. Und dieser Bereich ist fast ausschließlich – speziell zu Khatamis Zeiten – von NGOs bedient worden, die wiederum vom Staat unterstützt wurden. Das ist ein sehr, sehr wichtiger Bereich. Vor fünf Jahren hatte ich die Absicht, einen Film über Drogen im Iran zu drehen. Und als ich mich mit diesen NGOs befasste, da taten sich Welten auf. Da gab es wirklich eine Bandbreite von ganz modern orientierten, technisch versierten Organisationen bis hin zu eher zusammengewürfelten Haufen von Leuten, die aber allesamt eins im Sinn hatten: Gutes für ihre Mitmenschen zu tun. Iran war sowohl bei der Kinderarmuts-Bekämpfung als auch bei der Wiedereingliederung von Drogenabhängigen in die Gesellschaft erfolgreich.

## Aktivitäten von Frauen-Organisationen

Ein weiteres ganz wichtiges Element zivilgesellschaftlicher Arbeit sind die Frauen im Iran. Frauen haben sich in fast allen Gesellschaftsschichten organisiert und neue Strukturen geschaffen, die jenseits der politischen Aktivitäten waren: HIV-Bekämpfung, Drogen-Informationen, Jugendarbeit, Frauen-Aufklärung. Etwas, was wir zu der Zeit der iranischen Revolution gar nicht kannten. Man wusste damals gar nicht, was es bedeutet, gesellschaftlich aktiv zu sein, ohne revolutionär zu sein. Dieses Phänomen gab es nicht. Und das ist auch der Grund, warum viele Exiliraner im Ausland gar kein Verständnis von Zivilgesellschaft und zivilgesellschaftlicher Arbeit haben. Viele von ihnen haben jahrzehntelang geglaubt, wir können nur Flüchtlingsvereine gründen und Flüchtlingsarbeit machen, wenn wir auch politische Ideologien dahinter haben. Und dadurch zerfiel die iranische Community im Ausland so extrem schnell, weil die Auseinandersetzung immer politisch war und weniger zivilgesellschaftlich orientiert. Eine der ersten Fragen im Ausland war: von welcher politischen Gesinnung bist Du? Bevor man gesagt hat: machen wir jetzt Flüchtlingsarbeit, machen wir jetzt Tanzgruppe und Musik?, wollte man wissen: aus welchem politischen Lager kommst Du eigentlich? Und ausgehend davon hat man versucht, sich zu vereinigen. Aber das ging nie gut, weil die Klischees und die Grenzen immer enger wurden. Mittlerweile hat jeder für sich eine eigene Partei.

Einer der größten Erfolge in der iranischen zivilgesellschaftlichen Bewegung ist die Frauenbewegung. Wir können darüber sprechen, wie die „Eine Million Unterschriften“-Sammlungsbewegung funktioniert hat im Iran, wie das zu einer massiven Aufklärung in der Gesellschaft geführt hat. Wir können darüber reden, wie die iranischen Frauen-Vereinigungen sich kurz vor den iranischen Wahlen 2008 gesammelt und beschlossen haben – ich glaube, es waren über 70 Frauenorganisationen –, klare Ziele auszusprechen. Und wenn eine Partei oder ein Präsidentschaftskandidat unsere Stimmen haben will, dann müssen sie ein Programm vorlegen, das unsere Ziele thematisiert und anspricht. Damit haben die Frauen tatsächlich das gemacht, was eine zivilgesellschaftliche Organisation bewirken sollte: aus einer zivilgesellschaftlichen Bewegung heraus politischen Einfluss anzustreben. Viele von diesen Frauenorganisationen sind in abgelegene Dörfer gegangen und haben wirklich mit Frauen gearbeitet, die von ihren Rechten gar nichts wussten und haben Aufklärungsarbeit geleistet. Und mit dieser Aufklärungsarbeit entstand ein Wissen bei den Frauen, wie sie um ihr Recht kämpfen können. Wo steht eigentlich ihr Recht und wie können sie um ihr Recht kämpfen? Gerade auch beim Thema Scheidung – der Iran hat eine der höchsten Scheidungsraten der Welt – sind die Frauen in der wesentlichen schwächeren Position. Frauen dürfen



sich nicht scheiden lassen, nur Männer können das. Und das führt zu erheblichen Problemen innerhalb der iranischen Gesellschaft, und da haben die Frauenorganisationen extrem viel Arbeit hineingesteckt. Mittlerweile sind diese Regelungen gelockert worden, aber nur in bestimmten Bereichen. Die Frauenbewegung hat da eine große Rolle gespielt.

## Probleme in der Organisation und Kooperation

Ein weiteres positives Beispiel für die iranische Zivilgesellschaft sind die Busfahrerorganisationen, die einen massiven Druck auf die Regierung ausgeübt haben. Das ist eine der wenigen aktiven Gewerkschaften; im Iran gibt es in der Form keine Gewerkschaften. Sie kämpft für die Rechte der Busfahrer auf der einen Seite, aber auf der anderen Seite auch für die Rechte der gesamten Arbeiter. Diese Aktivitäten sowohl der iranische Frauen-Vereinigungen, als auch dieser Arbeiterbewegung haben dazu geführt, dass heute die Sperrspitze der Geheimdienste auf diesen Bereich konzentriert ist. Natürlich sind auch Studenten oder Schülervereinigungen davon betroffen, aber eben vor allem Frauen- und Arbeiterorganisationen. Hinsichtlich der zivilgesellschaftlichen Strukturen im Iran ist es auch sehr interessant, dass die Basaris und die Geistlichen weniger von diesem Druck der Regierung betroffen sind. Erstens sind sie wesentlich stärker: die Basaris sind extrem stark; man kann sich mit ihnen nicht anlegen, ohne Federn zu lassen. Und zweitens sind sie nicht so demokratisch oder menschenrechtlich orientiert wie die modernen Zivilbewegungen. Und dementsprechend sehen wir auch, dass sie eher in Ruhe gelassen werden, als diejenigen die in den letzten zwanzig Jahren entstanden sind.

Aber es sind nicht nur positive Aspekte in der zivilgesellschaftlichen Entwicklung zu sehen. Es gibt natürlich auch große Schwächen. Wenn wir von hunderttausend zivilgesellschaftlichen Gruppen und Interessengemeinschaften reden, so gibt es trotz dieser Größe leider zu wenig Einfluss in die Tiefe der Gesellschaft. Einer der Gründe ist, dass zu wenig Netzwerk-Arbeit betrieben wird. Die Organisationen verbinden sich zu wenig, sie arbeiten zu wenig miteinander. Es gibt z. B. auch klare Grenzen zwischen modernen und traditionellen zivilgesellschaftlichen Organisationen. Diese Grenzen zu durchbrechen und neue Koalitionen einzugehen, wäre vonnöten, um überhaupt gesamtgesellschaftliche Strukturen zu verändern. Eine weitere große Schwäche dieser zivilgesellschaftlichen Bewegung betrifft die geographische Verbreitung dieser Organisationen. Die meisten von ihnen sind in der Hauptstadt, in Teheran, oder in Ballungszentren gegründet. Ich komme aus Täbriz. Und als ich dort für dieses Drogenthema recherchiert habe, habe ich nicht einmal einen Bruchteil der Möglichkeiten für die Rehabilitation und die Wiedereingliederung der Drogenabhängigen in die Gesellschaft gefunden wie in Teheran.

Dieses unglaublich große Ungleichgewicht zwischen Hauptstadt und Region ist massiv. Also scheinbar haben wir nicht nur die Bildung von den Franzosen, sondern auch den zentralistischen Staatsaufbau.

Nicht nur dass es diese unterschiedliche Verteilung zwischen Hauptstadt und Regionen gibt, es herrscht auch mangelnde Kommunikation zwischen diesen Organisationen. Das heißt, Teheran agiert für sich, Teheran ist eh ein Kosmos für sich. Und der Rest der Region ist auch ebenfalls für sich. Ein Aserbaidzhaner würde nicht auf die Idee kommen, mit einer NGO in Belutschistan zusammen zu arbeiten. Was haben wir mit der Sache überhaupt zu tun? Gehört das überhaupt zum Iran? Genau dasselbe gilt auch für die internationale Ebene. Wir haben im Iran zwar diese unglaublich große Bewegung; sehr viele Organisationen sind gegründet worden, aber sehr wenige von ihnen sind eingebunden in internationale Organisationen, die sie vielleicht vertreten können. Es gibt einige wenige, aber die sind sehr, sehr klein. Einer der Gründe ist die Sprachbarriere. Die anderen Gründe liegen in der inneren Struktur. Die Zivilgesellschaften haben sehr große Schwächen in der Führung und in der Organisation. Es gab und gibt viele Organisationen, die einfach zusammengewürfelt sind. Da gibt es auch wenig Variationsmöglichkeiten. Gerade wenn die Zivilgesellschaft unter Druck gerät, müssen einfach Alternativen gefunden werden, dass man a) die Struktur beibehält und b) die Möglichkeit wahr, in der Gesellschaft Diskurse voran zu treiben, nicht nur mit Gleichgesinnten, auch mit Regierungsvertretern. Diese Art der Auseinandersetzung muss beibehalten werden, weil es dafür ja die Zivilgesellschaft gibt. Es gibt keinen anderen Grund, außer die Auseinandersetzung auf einem formalen, friedlich-demokratischen Weg zu führen. Wenn ich keine Phantasie habe, keine Form habe, wenn ich keine Variationsmöglichkeiten habe, das ist die eine Sache, damit ich die Struktur behalten kann, damit es nicht eingeht. Auf der anderen Seite gibt es auch keine Strukturen, die vermitteln, wie will ich langfristig diese Gesellschaft verändern? Es ist nötig, Strukturen aufzubauen, die darauf gerichtet sind, diese Gesellschaft zu verändern. Zielorientiert, langfristig, in zwanzig, dreißig Jahren zu planen. Und zu sagen, wir wollen die Strukturen so verändern, dass diese Gesellschaft woanders steht.

## Druck seitens der Regierung

Und mit der Präsidentschaft von Ahmadinedschad haben sich die Dinge natürlich massivst verändert. Die Regierung hat versucht, die NGO's in allen Bereichen zu unterdrücken, sie zu begrenzen, sie zu kontrollieren. Gesetze wurden verabschiedet mit dem Ziel, dass alle NGOs angemeldet sein müssen, was vorher nicht gegeben war. Fast die Hälfte der NGOs im Iran waren nicht registriert und nicht

angemeldet. Dies kann jetzt nicht mehr passieren. Das erhöht natürlich die Kontrollmechanismen auf die Zivilgesellschaft.

Die Frauenbewegung, die Studentenbewegung, die Schülerbewegung, sogar Help Care – Organisationen die im Gesundheitswesen unterwegs waren – sind massiv unter Druck geraten. Die ersten Opfer der Verhaftung im Iran innerhalb der NGO's waren Ärzte, die sich für die HIV-Bekämpfung stark gemacht haben. Sie sind im Gefängnis gelandet, seitdem gibt es kein Gerichtsurteil gegen sie. Viele sind verschwunden wie andere Menschen auch, die im Iran verschwinden. Die Medien sind genauso betroffen. Die unabhängigen iranischen Medien, meist Zeitungen, aber auch Blogs sind in den letzten zwei Jahren extrem unter Druck geraten. Iran hat sich – laut Reporter ohne Grenzen – zum größten Gefängnis für Journalisten verwandelt. Die Flucht von Intellektuellen hat sich innerhalb der letzten zwei Jahre noch einmal dramatisch erhöht. Man geht davon aus, dass 15.000 Iraner innerhalb der letzten zwei Jahre die Grenze zur Türkei überschritten und in der Türkei um Asyl ersucht haben. 15.000 klingt nicht viel. Aber wenn sie wissen, dass die meisten aus diesen Organisationen stammen, die wiederum Strukturen geschaffen haben, dann ist das massiv. Es ist wahnsinnig viel. Ganz im Unterschied zu den Menschen, die nach der Revolution kamen. Das waren ja meistens politisch Aktive.



*Gesprächsrunde mit Ali Samadi Ahadi, Eva Orthmann, Maryam Ansary und Arno Tappe (von links) am 16. Juli in Bonn. Foto: Klaus Fübmann*

# Journalismus im Iran – Perspektiven und Hoffnungen

## Maryam Ansary

Die 18. Internationale Medienausstellung in Teheran Ende Oktober des Jahres 2011 trat mit dem Anspruch an, den Glanz der iranischen Medienwelt zu präsentieren. Mohammad Hosseini, Minister für Kultur und islamische Erziehung, verkündete, auf mehr als 600 Ständen sollte das große Spektrum der iranischen Medienlandschaft gezeigt werden. Die Regimekritiker bezeichnen derartige Ausstellungen als eine Show, die im besten Falle Quantität statt Qualität „auftischt“. Sie verweisen auf die Kehrseite der Medaille. Seit der zweiten Amtszeit des Präsidenten Ahmadinedschad wurden mehr als 30 Zeitungstitel geschlossen sowie rund 200 Journalisten und Blogger verhaftet. 42 von ihnen sollen nach Informationen der Organisation „Reporter ohne Grenzen“ noch immer in Haft sitzen – und dies unter unmenschlichen Bedingungen.

Die iranische Presse erlebt derzeit eine ihrer dunkelsten Phasen. Zwar erhoffen die Menschen ein schnelles Ende der Talfahrt, aber keiner weiß, wann und wie sich die Situation bessern soll. In der mittlerweile über 150-jährigen Geschichte der iranischen Presse konnte selten eine halbwegs freie oder selbständige journalistische Berichterstattung über einen längeren Zeitraum als fünf Jahre ununterbrochen durchgehalten werden. Eine selbstständige Presse, unabhängig vom Wohlwollen der Regierung oder eines ihrer Flügel, entwickelte sich insbesondere in Zeiten des politischen Wandels und wurde vom Publikum mit viel Begeisterung aufgenommen. Zugleich sorgte sie für öffentliche Aufregung und fiel oftmals dem nächsten politischen Klimawechsel zum Opfer.

### Zwischen den Fronten

Somit stehen die meisten Journalisten im Iran heute vor dem Problem, einerseits mit der zensierten Presse mehr schlecht als recht zu leben, andererseits eine freie Entwicklung der Medien unter den gegenwärtigen Umständen durchsetzen zu wollen. Bedingung dafür wäre die Schaffung entsprechender Strukturen, die man bislang vergeblich sucht.

Bereits vor der islamischen Revolution waren die Medien fester Bestandteil der Regierung. Der Schah erlaubte keinerlei Kritik an der Regierung, an den wirtschaft-

lichen, politischen oder sozialen Verhältnissen. Dieses Diktat betraf zudem jede Art von Presse, seien dies nun wissenschaftliche Zeitschriften oder Boulevardblätter, selbst wenn die Kritik noch so unbedeutend erschien. Eine Ausnahme bildete die Satirezeitschrift „Tofiqh“, die sich einige Witze über den einen oder anderen Minister leisten konnte. Hätten ihm die entsprechenden Mittel zur Verfügung gestanden, hätte der Schah selbst ausländische Medien wie beispielsweise BBC oder Le Monde verboten, ihn oder seine Regierung zu kritisieren (dies ist sehr anschaulich nachzulesen in den Tagebuchaufzeichnungen eines seiner vertrautesten Minister, Assadollah Alam).

Nach der islamischen Revolution hatten die Medien trotz gewaltsamer Unterdrückungsversuche die Möglichkeit, hin und wieder halbwegs unzensuriert zu schreiben und zu kritisieren – nicht etwa, weil die islamische Regierung es gerne gesehen hätte, sondern weil sie nie homogen war. Und weil die Anwesenheit unterschiedlicher politischer und religiöser Interessen, Machtfaktionen und sogar persönlicher Intentionen hochrangiger Machthaber immer wieder Wege für die kritischen Medien eröffnet haben, die Öffentlichkeit zu informieren und für ein wenig Transparenz zu sorgen. Dieser Machtkampf und die divergierenden Interessen in der Islamischen Republik Iran halten noch heute unvermindert an.

## Eine Gratwanderung

Aber gerade eine solche Situation ist gefährlich. Sie bedeutet keinesfalls, dass „Pressefreiheit“ im Iran auf irgendeine Weise möglich wäre. Journalisten im Iran befinden sich auf einer permanenten Gratwanderung. Die Herausgeber von Nachrichtenmedien müssen ständig einschätzen, wann und aus welchem Grunde die individuelle und politische Geduldsgrenze des jeweils einen oder anderen Politikers überschritten ist, wer demnächst aus der Regierung entfernt werden und was von heute auf morgen „illegal“ sein könnte. Was heute noch erlaubt war, kann morgen zum Alibi für die Festnahme von Journalisten und die Beschlagnahme einer Zeitschrift werden.

In jedem Land spiegelt die Presse die unterschiedlichen politischen Strömungen wider. Das heißt auch, unterschiedliche Berichterstattungen stehen der jeweils einen oder anderen politischen Partei näher. Im Iran jedoch sorgt die weitgehende Abwesenheit jeglicher politischer Organisationen, Parteien und NGOs dafür, dass deren Rolle von der Presse übernommen wird. Diese steht damit im Zentrum des politischen Machtkampfes, was ihre Lage umso bedrohlicher macht. Beispielhaft stehen dafür die acht Jahre der Regierung von Mohammad Khatami (1997 bis 2005), in welcher die Reformpolitiker die Mehrheit hatten. In diesem Zeit-

raum schossen zahlreiche Zeitschriften und Zeitungen aus dem Boden. Diejenigen Zeitungen, die die Interessen der Reformer vertraten, konnten eine gewisse Freiheit genießen. Mit der Entmachtung dieser Politiker lief die freie Phase jedoch früher ab, als es den Freidenkern, Aufgeklärten und Intellektuellen lieb gewesen wäre.

In den vergangenen Monaten rückte der Konflikt zwischen den einstigen Verbündeten, dem Staatspräsidenten Mahmoud Ahmadinedschad und dem religiösen Oberhaupt, dem sogenannten „Valie Faghihe“, Ayatollah Khamenei, in das Zentrum des iranischen Machtkampfes. Diesem fielen nicht nur einige Minister des Präsidenten zum Opfer, sondern auch eines seiner Presseorgane, eine Zeitung namens „Iran“. Deren Herausgeber muss sich derzeit wegen einer Sonderausgabe zu den Regeln der Bekleidung von Frauen („Hijab“) vor Gericht verantworten.

#### Vierter Platz weltweit

Laut einem Bericht der weltweit agierenden Organisation „Reporter ohne Grenzen“, konnte der Iran nach der umstrittenen Präsidentschaftswahl im Jahre 2009 den 172. Rang auf der Skala der Pressefreiheit für sich verbuchen. Die einzigen Länder, die dahinter rangieren, sind Turkmenistan, Nordkorea und Eritrea. Zu dieser Entwicklung gesellt sich das iranische Regierungsprojekt „Sauberes Internet“ – China lässt grüßen –, das sich im Wesentlichen als eine umfangreiche Filterung aller oppositionellen Internetseiten versteht. Damit will die iranische Regierung jeglichen Zugang zur Außenwelt unmöglich machen und gegebenenfalls bestrafen. Weil den Machthabern jedoch klar ist, dass sie nicht jeden Zugang sperren können, verhindern sie durch den Aufbau technischer Barrieren den Zugang zum Hochgeschwindigkeits-Internet für den normalen Bürger. Dieses bleibt nur staatlichen Verwaltungen und politisch opportunen Unternehmen und Personen zugänglich. Die Regierung scheut noch nicht einmal davor zurück, ihre Schergen in Privathäuser eindringen zu lassen, um dort die Satellitenschüsseln zu zerstören.

Die „gute Nachricht“ ist, dass in Kürze auch der normale Bürger Hochgeschwindigkeitsinternet genießen kann, sobald das Projekt „National-Internet“ verwirklicht worden ist. Dabei handelt es sich um ein streng reglementiertes Portal, das nur diejenigen Webseiten übermittelt, die die Regierung freigegeben hat. So kommen „saubere Informationen“ mit Hochgeschwindigkeit beim Bürger an.

#### Ein Land voller Gesetze und Gesetzlosigkeit

Die Präsidentschaft Khatamis ist von den Reformpolitikern im Parlament genutzt worden, um die harten Gesetze, die die Freiheit der Presse beschränkten, zu lo-

ckern und ein relativ modernes und freies Pressegesetz zu verabschieden. Nie jedoch trat dieses Gesetz in Kraft. Denn unmittelbar nachdem der oberste religiöse „Führer“ Ayatollah Khamenei davon informiert wurde, gab er den Befehl, dieses Gesetz sofort zurückzunehmen. Unmittelbar danach ließ er mehr als 20 Zeitungen schließen. Viele Journalisten wurden inhaftiert. Das Geschehen ging in die Geschichte des Landes als „Presse-Massenschließung“ ein!

Im Jahre 2008 hat die Europäische Union eine Resolution verabschiedet, in welcher sie in 27 Artikeln beschreibt, was Pressefreiheit ist und wie sie beschaffen sein muss, um als solche anerkannt zu werden. Als wichtigste Bedingungen gelten die Freiheit, Regierungen inklusive der eigenen zu kritisieren sowie der freie Zugang zu Informationen. Zudem dürfen die Regierenden während ihrer Amtszeit nicht in den Führungsetagen jedweder Medien aktiv oder beteiligt sein.

### **Beschlossene Kompetenz**

Selbst in Staaten wie Afghanistan oder Irak gibt es keine derartigen Einschränkungen in der Presse- und Meinungsfreiheit wie im Iran, auch wenn es für die Journalisten gefährlich ist, in diesen Ländern zu arbeiten. Aber die Gefahr geht nicht von den jeweiligen Regierungen aus, sondern von den Umständen. Die Journalisten in Indien genießen gar absolute Pressefreiheit. Eine Peinlichkeit sondergleichen, als auf der eingangs genannten 18. Internationalen Medienausstellung in Teheran afghanische, irakische, armenische und indische Presseleute ihren iranischen Kollegen mit unübersehbarem Stolz von ihren absolut freien Arbeitsbedingungen berichteten.

Der iranische „Presseaufsichtsrat“ ist diejenige Institution, die alle Aktivitäten einer Zeitschrift oder Zeitung kontrolliert. Wer im Iran eine Zeitung, einen Sender oder ein sonstiges Nachrichtenmedium gründen will, muss zu allererst über den Presseaufsichtsrat eine Genehmigung beantragen. Der Presseaufsichtsrat überprüft den Antragssteller und entscheidet dann über dessen Kompetenz. Der Presseaufsichtsrat besteht aus den folgenden, von der Regierung ausgewählten Mitgliedern: einem Richter, dem Minister für Kultur und islamische Erziehung oder dessen Stellvertreter, einem Parlamentsabgeordneten, einem vom Ministerium für Kultur und Hochschulwesen empfohlenen Universitätsprofessor, einem Publizisten, einem Religionsdozenten der Religionshochschule Qom sowie einem Mitglied des Revolutionsrates (Supreme Council of Cultural Revolution). Trotz dieser Bedingungen gibt es interessanterweise immer noch erfahrene Journalisten, die hoffnungsfroh und überzeugt sind, die Lage werde sich verbessern.

## Herausforderungen für den Journalisten

Nirgendwo auf der Welt ist Journalismus einfach oder banal, immer geht es um widerstreitende Meinungen, Konflikte und deren mediale Darstellung. Im Iran jedoch sind die Herausforderungen besonders groß. Mit zunehmenden Repressalien gegen Journalisten und gegen die Pressefreiheit sinkt die Auflagenhöhe der Presseorgane im Inland. Im Iran studieren rund 4 Millionen junge Menschen. Die Auflage aller Zeitungen zusammen genommen beträgt nicht mehr als 1,5 Millionen, ein Bruchteil der Publikationszahlen im Vergleich zu der Zeit vor 14 Jahren, als unter den Reformern kurzzeitig eine neue Presselandschaft entstanden war. Nicht einmal die auflagenstärksten Zeitungen von heute erreichen die durchschnittlichen Auflagen von damals. Neben den offiziellen Zeitungen der Regierung existieren derzeit nur wenige Presseorgane, die vorsichtig eine sanfte Brise Kritik gegen die Regierung in eine zutiefst unzufriedene und enttäuschte iranische Gesellschaft wehen lassen. Diese ernüchternde Entwicklung hat dazu geführt, dass das Vertrauen der Menschen in die staatliche Presse seinen Tiefpunkt erreicht hat. Wer auf unabhängige Informationen zugreifen will, versucht dies eher über die Nachrichten in ausländischen Medien.

Doch der Qualitätsverlust der gleichgeschalteten iranischen Presse hat noch andere Facetten. Die Unterdrückung durch die staatliche Regulierung führt bei den wenigen unabhängigen Medien nicht selten zur Selbstzensur. Das bedeutet die Abkehr von jeglicher objektiver Berichterstattung und die Unfähigkeit, auf die Erwartungen und Ansprüche der Bürger angemessen reagieren zu können. Und dies betrifft nicht nur politische, sondern auch sensible Themen von gesellschaftlicher Relevanz. Nicht selten haben derartige, auf den ersten Blick harmlose Beiträge zur Schließung einer Zeitung oder Zeitschrift geführt.

Als Beispiel mag die jüngere Presse über den Orumieh-See im Nordwesten des Iran (Aserbaidschan) dienen. Die Berichterstattung wurde als Handlung gegen die nationale Sicherheit eingestuft und führte zur Verhaftung von Umweltaktivisten sowie der beteiligten Journalisten. Der Hintergrund dieses ökologischen Desasters: Der wegen verfehlter wasserbaulicher Maßnahmen und Dammbauten gefährdete See trocknet in extremer Weise aus. Dies wiederum führt zur existenziellen Bedrohung vieler Städte in der Nähe des Salzsees. Gegen das Ausmaß der Umweltzerstörung regte sich in der Folge starker Protest in der Bevölkerung. Immerhin griff die iranischsprachige Presse im Ausland das Thema breit auf. Dieses Beispiel mag Verständnis dafür wecken, dass die private, nicht regierungsabhängige Presse oft weniger riskante Themen besetzt. Es verdeutlicht gleichzeitig auch die Gefahr, der sich kritische freie Journalisten im Iran unentwegt ausgesetzt sehen.



## Hoffnung für einen freien Journalismus im Iran?

Während die staatliche Presse umfangreiche finanzielle Unterstützung genießt, steht eine solche Subventionierung den Unabhängigen nicht zur Verfügung. Demzufolge haben sie etwa unter ökonomischen Zwängen, wie den gestiegenen Papier- und Produktionspreisen oder anderen Einschränkungen doppelt zu leiden. Verständlicherweise verlieren unter solchen Bedingungen viele, vor allem junge Journalisten jede Motivation für den Job und versuchen, in eine sichere Arbeit zu wechseln.

Da viele Zeitungen geschlossen wurden, sind viele Journalisten in den vergangenen Jahren arbeitslos geworden. Sie leben ohne jegliche finanzielle und soziale Sicherheit. Eine große Anzahl hat aus diesem Grund den Iran verlassen. Nicht alle Exilanten haben das Glück gehabt, im Ausland noch einmal in ihren Job einsteigen zu können. Viele von ihnen leben ohne Perspektive. Im Jahr 2011 wurde eine der letzten Bastionen genommen und – besonders perfide – an der Universität für Kommunikation und Geisteswissenschaften, der Alame Tabatabai, das Fach Journalismus gestrichen. Unter den Reformpolitikern genoss gerade dieser Fachbereich eine große Förderung und Unterstützung, was sich seinerzeit auf die Qualität der iranischen Presse enorm positiv auswirkte.

Diese Entwicklung macht den Beruf des Journalisten im Iran nicht sonderlich attraktiv. Es bedarf großer Leidenschaft und Hingabe, sich in den Dienst einer solchen vermeintlich aussichtslosen Sache zu stellen. An Stelle derjenigen, die den Iran verlassen oder den Journalismus aufgegeben haben, rücken nicht genügend Nachwuchskräfte nach. All dies lässt die Aussichten auf einen grundlegenden Wandel der journalistischen Landschaft im Iran äußerst schwierig erscheinen. Zu sehr ist die Entwicklung eines freien, selbstbewussten und objektiven Journalismus an einen Wechsel der politischen Verhältnisse geknüpft. Dennoch glauben insbesondere einige ältere Journalisten, die die Zeit vor der Revolution und das Auf und Ab in der jüngeren Geschichte des Landes noch aktiv miterlebt haben, an den Wandel getreu dem Motto: Die Hoffnung stirbt zuletzt.

Ihrer Meinung nach ist der Iran mit der Welt verbunden, wird die Welt beeinflussen und von ihr beeinflusst. Diese Welt ändert sich oft so plötzlich und überraschend, dass diese Welle früher oder später auch den Iran erreicht.

# Noch ein schwieriges Vaterland – Der Iran als Gegenstand der liberalen politischen Bildung

Klaus Füßmann

Demokratieförderung im liberalen Sinne – also auf der Basis individueller Persönlichkeitswerte, im Rahmen einer freiheitlichen Rechts- und Marktordnung und im Kontext einer offenen, tendenziell leistungs- und vernunftgeleiteten Gesellschaft – ist das Kernanliegen der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit. Im In- und Ausland. Da der Stiftung Bildungs- und Entwicklungsaktivitäten im Iran verwehrt sind, bleibt nur die politische Bildung in Deutschland, um das faszinierende orientalische Land zu behandeln.

Ich habe zwischen 2000 und 2008 vier Iran-Tagungen in der Theodor-Heuss-Akademie in Gummersbach durchgeführt. Eine wichtige Voraussetzung war der mehrwöchige Besuch des Landes in den Jahren 1997 und 2000 – bei meiner Familie, denn meine Frau ist gebürtige Iranerin (nunmehr mit deutschem Pass). Sie stammt aus dem aserbaidshanischen Täbriz im Nordiran.

## Grundüberlegungen für eine Veranstaltungsreihe zum Iran

Ein solches Vorhaben – zumal wenn es dann sogar eine Reihe wird – muss mit Bedacht angegangen werden. Zielpublikum zur Hälfte und mehr sollte nämlich von Anfang an die in Deutschland lebenden Iranerinnen und Iraner sein. Zu berücksichtigen war, dass Iran ein Land ist, in dem politische Weiterbildung unmittelbar unter Propaganda-Verdacht steht. Dass es in Deutschland parteinahe Stiftungen gibt, deren politische Bildung zwar weltanschaulich geprägt ist, die aber gemäß Zuwendungsrecht über politische, wirtschaftliche und internationale Prozesse aufklären und zum politischen Engagement animieren sollen, also gemeinnützig agieren und dafür Steuergelder verwenden, ist nicht unbedingt bekannt.

Ein zweiter Gesichtspunkt, der mit der Wahl der Zielgruppen direkt zusammenhängt, betrifft die Konzeption der Tagungs-Programme. Mir war immer bewusst, dass die Worte des Schriftstellers Amir Hassan Cheheltan von wegweisender Bedeutung für ein solches Vorhaben sind: „Ich betrachte die Ereignisse im Iran als einen vieldeutigen literarischen Text, der den Betrachter gelegentlich mit Momenten voller Unruhe, Furcht und Ambivalenz, Zweifel, Fantasie und Konflikten

konfrontiert. Die Übertragung iranischer Realitäten in westliche Begriffssysteme ergibt kein klares Bild dessen, was in unserem Land vor sich geht." Das heißt, es war immer von zentraler Bedeutung, die Eigenart des Landes und seiner Jahrtausende alten Kultur so zu berücksichtigen, dass ein fruchtbarer interkultureller Dialog zustande kommt. Leichtfertige Übertragungen westlicher Vorstellungen von Politik und Gesellschaft waren fehl am Platze. Auch zur Schahzeit war der Iran kein „westliches“ Land, obwohl es zu Zeiten des Ost-West-Konfliktes zur westlichen Hemisphäre zählte.

Der dritte Aspekt war aktuell-politischer Natur. Iran-Veranstaltungen erfordern besondere Sicherheitsvorkehrungen. Im April des Jahres 2000, also etwa ein halbes Jahr vor der ersten Iran-Tagung in Gummersbach, führte die Heinrich-Böll-Stiftung in Berlin ein große Wochenend-Tagung über den „Iran nach den Parlamentswahlen“ durch – unter Mitwirkung von 17 eigens aus dem Iran eingeflogenen Politikern, Publizisten, Intellektuellen. Die Veranstaltung wurde durch spektakuläre Aktionen in Europa ansässiger iranischer Regime-Gegner, insbesondere der Volks-Mudschahedin, gestört. Der Eklat erreichte über die Fernsehberichterstattung Teheran. Auf der Rückreise wurden etliche iranische Gäste (wie der Journalist Akbar Ganji) in Haft genommen und zu schweren Haft-Strafen verurteilt.

Es war also Vorsicht geboten, und das blieb bis heute ein Kennzeichen der Veranstaltungsreihe. Zugleich wurde zu Beginn jeder Veranstaltung darauf hingewiesen, dass es bei aller gebotenen Berücksichtigung aktueller Ereignisse Ziel sei, den Iran in einer Mischung aus politisch-ökonomischen, historisch-kulturellen Bezügen heraus zu behandeln und eben kein Tribunal gegen die Regierung zu veranstalten. Dass man in offiziellen iranischen Kreisen auf die Veranstaltungsreihe aufmerksam geworden ist, beweist z. B. ein Telefon-Anruf, den ich 2006 unvermittelt und auf englisch erhielt, bei dem mir nachdrücklich empfohlen wurde, doch (auch) auf „experts from official Iranian institutes“ zurückzugreifen.

## **Breiter Raum für Kultur und Musik**

Bei der ersten Veranstaltung im November 2000 übernahm der Journalist Ahmed Taheri unter der Fragestellung „Iran am Wendepunkt?“ die Aufgabe, die Reformzeit unter Präsident Khatami kritisch zu würdigen, während das Ehepaar Navid Kermani/Katajun Amirpur die Rolle von Kunst und Kultur bzw. der Frauen im Reformprozess reflektierte. Einen wunderbaren Einblick in die deutsch-persischen Kulturbeziehungen gab der Leiter des Goethe-Instituts in Teheran in den achtziger Jahren, Dr. Johannes Vandenrath. Er wies darauf hin, dass „das deutsche Kulturinstitut so etwas wie eine freiheitliche Insel in dem islamischen Meer Teheran“ war. Denn



*Die Gruppe „AHURA“ 2008 bei der vierten Iran-Tagung in der Halle der Theodor-Heuss-Akademie in Gummersbach. Foto: Klaus Fübmann*

zu den begehrten Sprachkursen kamen junge Männer und Frauen – wenn auch in getrennten Klassenräumen. Er erzählte, wie im Februar 1984 etwa 600 Interessenten die ganze kalte Nacht hindurch vor dem Institut ausharrten, um sich am Morgen anmelden zu können. Man war aus kapazitären Gründen leider nur in der Lage, 210 Personen aufzunehmen. Nach erfolgreichen jährlichen Kolloquien zum Verhältnis Islam/Christentum wurde eine den Revolutionsführer Imam Khomeini kompromittierende Film-Montage aus Rudi Carrells „Wochenshow“ Auslöser dafür, den unliebsamen interkulturellen Dialog mittels Schließung des Instituts im Februar 1987 zu beenden.

Kulturellen Themen wurde (inclusive Ausrichtung auf persische Gerichte während der Mahlzeiten) bei den folgenden Tagungen breiter Raum gewährt. Du-Mont-Reisebuch-Autor bzw. Iran-Reiseführer Mahmoud Rashad referierte über exklusiven Tourismus im Iran; der Filmjournalist Armin Farsanefar behandelte den iranischen Film und seine (enorme) Bedeutung im In- und vor allem Ausland; Persepolis und Bam – das eine zerstört durch die antiken Griechen, das andere durch ein aktuelles Erdbeben – wurden auf virtuelle Weise durch Computer-Ani-

mation „wiederaufgebaut“. Und schließlich kann eine interkulturell ausgerichtete Bildungsveranstaltung den Charakter eines Landes wie Iran am eindringlichsten über seine Musik sinnlich-emotional transportieren. So animierte beispielsweise das persische Frauen-Ensemble „Maryam Akhondy und Banu“ das Publikum zu einer musikalischen Reise durch die verschiedenen Regionen und Ethnien im Iran – Lieder von harter Arbeit, fröhlichen Festen, großer Trauer und bedingungsloser Liebe. Bei anderer Gelegenheit vermochte die international arrivierte Künstlergruppe AHURA die Tiefe der iranischen Kultur durch eine spirituelle Kombination klassischer Texte (Sufie-Poesie) und (alt)persischer Musik in eindringlicher Art und Weise darzubieten.

### Politische Herrschaft, gesellschaftliche Interessen, ökonomische Strukturen

Politisch-gesellschaftliche Analysen zur Innenpolitik wie zur internationalen Machtkonstellation (insbesondere im Nahen und Mittleren Osten) gehören zu einer Thematisierung des Irans immer dazu. Das erste Jahrzehnt dieses Jahrhunderts hat mit seinem Wechsel von der tendenziell eher pragmatischen „Reformphase“ der Präsidentschaft Khatamis zur ideologisch-missionarischen „Konfrontations“-Politik des Präsidenten Ahmadinedschad genügend Impulse dazu gegeben. Politikberatende Wissenschaftler wie der zu früh verstorbene Johannes Reissner und der Terrorismus-Experte Guido Steinberg von der Stiftung Wissenschaft und Politik in Berlin kamen dabei ebenso zum Zuge wie Journalisten, die im Iran arbeiteten.

Ich habe im Jahr 2000 im klimatisch angenehmen Norden von Teheran (Darband) die Iran-Korrespondentin der Frankfurter Allgemeinen Zeitung, Christiane Hoffmann besucht. Sie war jahrelang die einzige feste deutsche Journalistin im Iran und hat nach ihrer Rückkehr nach Deutschland 2004 eines der schönsten Bücher über das Land geschrieben: „Hinter den Schleiern Irans. Einblicke in ein verborgenes Land“.

Auch der wenige Monate nach seinem Seminauftritt 2008 tragisch verstorbene Journalist Martin Ebbing wusste anschaulich und eindringlich über das sich immer diktatorischer entfaltende System Ahmadinedschad zu berichten. Der damalige STERN-Redakteur Christoph Reuter schließlich ging der bedeutenden Zukunftsfrage nach dem Bildungswesen und der Jugendsituation im Iran nach.

Ein immer wiederkehrendes Thema bei den Tagungen betraf die Ökonomie Irans und seine Handelsaktivitäten, was unterschiedliche Sichtweisen erlaubte. Alt-Stipendiat Stefan Grevens berichtete aus erster Hand – als vor Ort ansässiger Repräsentant eines großen deutschen Anlagenbau-Unternehmen – über das „Wirtschaften“ im

Iran. Aus der Sicht des deutsch-iranischen Handels skizzierte Franz-Josef Flosbach, Geschäftsführer der „Deutschen Entwicklungs- und Investitionsgesellschaft“, das Bild einer deutlich unter ihren Möglichkeiten bleibenden iranischen Volkswirtschaft, die trotz ihrer (frei-)händlerischen orientalischen Traditionen einen viel zu hohen Anteil an staatlicher Investition und Intervention habe. Und auch Daniel Bernbeck legte vier Jahre später – also 2008 – als Teheraner Direktor der Deutsch-Iranischen Handelskammer den Finger auf die Wunde einer staatsfixierten Ökonomie (85% Anteil), die mit galoppierender Inflation, hoher Arbeitslosigkeit und horrend hohen Mieten zu kämpfen habe. Bis heute hat sich an diesen defizitären Wirtschaftsstrukturen nichts geändert.

### Ein faszinierendes Seminarpublikum: Iraner in Deutschland

Bei meinen vier bisher durchgeführten Iran-Wochenend-Tagungen lag der Publikums-Anteil in Deutschland lebender Iraner bei etwa 70 %. Dieser Personenkreis (mehrheitlich mit deutschem Pass) lebt im allgemeinen seit Jahrzehnten in Deutschland, ist sehr gebildet und dem Ursprungsland natürlich tief verbunden. Da ich bei diesen Veranstaltungen sowohl mit der Deutsch-Iranischen Gesellschaft – mit dem ehemaligen Diplomaten Reinhard Schlagintweit an der Spitze – wie auch mit dem Verband Iranischer Hochschullehrer und Akademiker (VIHA) – unter langjähriger Leitung von Prof. Dr. med. Nosrath Firusian – intensive Kooperationen eingegangen bin, haben sich vielfältige Kontakte in diese beiden Organisationen hinein ergeben. Zahlreiche Erlebnisse während und am Rande der Tagungen reflektieren gleichermaßen den wohl temperierten Patriotismus wie die gefasste Zerrissenheit im Umgang mit dem Heimatland – denn Deutschland ist immer die zweite Heimat geblieben.

Da ist etwa der Elektrotechnik-Professor aus Baden-Württemberg, geboren in Isfahan, ehemals Rektor der Teheraner Universität für Wissenschaft und Technik, der 1979 Hals über Kopf vor dem Mullah-Regime (wieder) nach Deutschland fliehen musste und den Anti-Schah Demonstranten ein Jahr zuvor vor der Bonner Botschaft zurief: „Nicht ihr seid die ersten Demonstranten vor einer diplomatischen Vertretung des Irans in Deutschland, sondern ich und viele andere zu Beginn der fünfziger Jahre nach Deutschland gewechselte Perser, die 1951 vor dem Konsulat gegen den Sturz Mossadeghs aufbegehrt haben“.

In Erinnerung bleibt auch die Äußerung eines offeneren Iraners, der bei der Diskussion über die politische Situation im Iran mit Perspektive auf ein demokratisches Parteiensystem gleichermaßen ironisch wie resignativ feststellte: „Wir Iraner taugen nichts für eine Parteiendemokratie, wir können uns nicht einigen.“

Vermutlich meinte er insbesondere die Männer. Nachdenklich stimmte auch eine Äußerung, die bei einer Tagung wie aus dem Nichts für breite Nachdenklichkeit im Publikum sorgte. „Ich habe den Eindruck“, so ein iranischer Arzt mittleren Alters einmal nach intensiver Debatte über die Jugendsituation im Iran, „wir kennen unser Land gar nicht mehr richtig.“ Er meinte damit die Wahrnehmung jener Landsleute, die seit dreißig, zum Teil vierzig Jahren in Deutschland leben, durchschnittlich ca. 3-8 Wochen im Iran verbringen, aber Eigenart, Tempo und Zwischentöne des heutigen Iran gar nicht mehr „hautnah“ kennen.

Auf der anderen Seite steht die Sehnsucht nach dem eigenen Ursprungsland, die enormen Kenntnisse um Kultur und Geschichte und das ernsthafte, leidenschaftliche Streben nach Vermittlung eines anderen, besseren Iran-Bildes in Deutschland und der (westlichen) Welt. Dies insbesondere auch mit Blick auf die eigenen Kinder, die zum Teil in Mischehen in Deutschland groß geworden sind, aber nicht den direkten Zugang zum Iran haben wie ihre Eltern bzw. Väter oder Mütter.

Was alle aus dem Iran stammenden Besucher der Tagungen darüber hinaus verbindet (übrigens auch mit ihren Landsleuten im Heimatland selbst), ist die feste Überzeugung, dass eine demokratische Veränderung nicht von außen kommen darf. Die Iraner haben über Jahrzehnte und Jahrhunderte – ob Araber, Russen, Engländer oder Amerikaner – so depremierende Erfahrungen mit ausländischen Interventionen gemacht, dass eine Beseitigung der aktuellen Diktatur – so schwierig es auch im Kern ist – nur aus dem Inneren des Irans heraus wünschenswert ist.

Zum Schluss noch eine ganz besondere Beobachtung während und am Rande der Veranstaltungen. Die persische Tradition erlesener Höflichkeit dürfte in ihrer Mischung aus tiefer Verwurzelung in einer Hochkultur, orientalischer Geschmeidigkeit und respektgebietender Gastfreundschaft einzigartig auf dieser Welt sein! Ich konnte dieses Phänomen auch schon 2000 bei meinem Besuch in Mashad, also im Iran selbst, an einem besonderen Abend im Schrein des Imam Reza, des einzigen bedeutenden schiitischen Heiligen auf iranischem Boden, erleben.

Ich kam (mit „westlichem“ Trenchcoat gekleidet) zusammen mit dem Taxifahrer – von Ehefrau und Tochter getrennt, die den Tschador anlegen und einen Eingang für Frauen wählen mussten – in das große, wunderbar erhellte, mit feinstem Marmor und Spiegel verzierte Mausoleum. Als einziger „Fremder“ (weil augenscheinlich „Ungläubiger“) leicht zu erkennen, wurde ich in dieser durch intensive, auch gesangliche Einzel-Gebete und rhythmisches Wippen in Sitzhaltung aufgeladenen Atmosphäre äußerster religiöser Inbrunst gar nicht fixiert, geschweige denn aus-

geschlossen. Eine für mich durchaus befremdliche und auch leicht bedrohliche Situation löste sich auf in einer ungeahnten Beiläufigkeit und: Toleranz.

Deutschland und Iran sind wegen ihrer wechsellvollen, nicht selten mit Emigration verbundenen Geschichte gleichermaßen „schwierige Vaterländer“. Es gehört zur List der Geschichte, dass manche Dinge schneller und überraschender eintreten, als man je für möglich hielt. Dies gilt beispielsweise für den Mauerfall in Berlin am 9. November 1989. Möge eine solch friedliche „Freiheits“-Wende auch dem Iran beschieden sein. Den Iranern in Deutschland vor allem wäre es von Herzen zu gönnen.



## Die Autoren:

**Prof. Dr. Eva Orthmann**, Professorin der Islamwissenschaft an der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität in Bonn. Zu den Schwerpunkten ihrer Forschung zählen Wissenschaftsgeschichte (speziell Astrologie), Geschichte und Kultur des Iran, der Islam in Indien und die Stammesstrukturen in der arabischen Welt.

**Ali Samadi Ahadi**, Regisseur, Drehbuchautor und Cutter iranischer Herkunft (geb. in Täbriz). Preis der Deutschen Filmkritik für das beste Spielfilm-Debüt 2009 („Salam-Aleikum“), 2011 Grimme-Preis für die Fernsehdokumentation „Iran Elections 2009“.

**Maryam Ansary**, freie Journalistin und Online-Redakteurin für verschiedene Rundfunk- und Fernsehsender. Geboren in Teheran, Architekturstudium und Journalistenausbildung in Deutschland. 2003 erschien ihr Buch „Flieh, bevor der Morgen graut“, die Geschichte einer iranischen Frau in den Revolutionswirren der 1980er Jahre.

**Klaus Füßmann**, Leiter des Regionalprogramms Nordrhein-Westfalen der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit. Seit 25 Jahren in der politischen Bildung tätig. Schwerpunktthemen: Liberalismus, politische Kultur und Film, internationale Politik, Iran.



Wenn Sie unsere Arbeit unterstützen wollen:  
Commerzbank Berlin  
BLZ 100 400 00  
Spendenkonto: 266 9661 04  
Spendenbescheinigungen werden ausgestellt.

